

*Reden von **Conrad Schuhler** auf Kundgebungen
„Aufstehen für den Frieden - Nein zum Krieg gegen den Irak“ am 7. und 15.3. 2003,
organisiert von München-gegen-Krieg*

Die US Aggression gegen den Irak

Wir alle wissen, wir stehen am Vorabend der Aggression der USA gegen den Irak. 300.000 Mann mit modernstem Kriegsgerät, einschließlich atomarer Waffen, stehen an diesem Wochenende rund um die Grenzen des Iraks, viele schon mitten im Land. Bisher sterben, seit 12 Jahren, jeden Tag rund 200 Kinder im Irak an den Folgen des Embargos. Wenn der Feuerüberfall kommt - innerhalb von 48 Stunden sollen die Zentren des Landes völlig lahm gelegt und Staudämme, Energiewerke, Transportsysteme, Verwaltungszentralen zerstört sein - dann wird der von den USA geforderte Blutzoll nach oben schießen. Die Schätzungen schwanken zwischen 35.000 und 500.000 Opfern. Die UN richten bereits Zeltplätze für 600.000 Flüchtlinge ein. Das Zweistromland wird zum Sarg für Hunderttausende eines Volkes, dessen Mehrheit jünger ist als 18 Jahre.

Die USA werden diesen Krieg auf jeden Fall führen, hat Präsident Bush gestern Abend wieder bekräftigt. Wenn die UN mitmachen, dann mit den UN; wenn nicht, dann ohne sie. Die USA führen diesen Krieg gegen die Mehrheit in den Völkern, gegen die Mehrheit der Regierungen. Sie kümmern sich einen Dreck um Völkerrecht und Verträge, für sie gilt nur das Recht des Stärkeren, das Diktat der Supermacht.

Aber, und damit haben die Kriegstreiber im Weißen Haus nicht gerechnet, es ist in den letzten Monaten eine zweite Supermacht entstanden, und das ist die Meinung der Weltöffentlichkeit, das ist die Kraft der internationalen Friedensbewegung. Am 15. Februar haben 11 Millionen Menschen rund um den Globus demonstriert. Diese Bewegung hat den Zeitplan zum Krieg durcheinander gebracht. Sie hat den politischen Preis für die Aggressoren in Washington und London immer weiter in die Höhe getrieben. Ohne die Aktionen der Friedensbewegung läge Bagdad schon in Schutt und Asche - gäbe es nicht diesen politischen Widerstand europäischer Regierungen - wären unsere Medien noch auf dem Kriegstrip, den sie seit dem Afghanistan-Krieg verfolgt hatten. Und diese Friedensbewegung, zu der wir uns zählen, wird nicht aufhören, sich dem Kriegstreiben der US-Regierung entgegenzustellen. Wir akzeptieren keine Automatik, man könne nicht mehr zurück, sonst verlore man das Gesicht. Wir sagen: Lieber verlieren die Kriegspolitiker in den USA ihr Gesicht als Hunderttausende im Irak ihre Leben!

Mit all ihren Behauptungen, warum ein Präventivkrieg gegen den Irak notwendig sei, hat die US-Regierung Schiffbruch erlitten. Zunächst ging es um die angebliche Verbindung des Irak zu Terrororganisationen. Alles, was die US-Geheimdienste vorlegten, erwies sich als Fälschung. Erinnern wir uns an den Höhepunkt dieser Kampagne, ein Tonband, auf dem angeblich Bin Laden Saddam Hussein seiner Solidarität versichert. Außenminister Powell präsentierte das Band der Weltöffentlichkeit als erster, Stunden bevor der arabische Fernsehsender Al Dschassira, die angebliche Quelle, das Band zugespielt bekam. Der groß angekündigte Terror-Nachweis ist seitdem in der Versenkung verschwunden.

Die nächste Kriegslüge war, der Irak bedrohe mit Massenvernichtungsmitteln seine Nachbarn. Der Chef der Atomwaffeninspektoren hat dem Irak bescheinigt, dass keine Nuklearwaffen im Land existieren. Auch biochemische Waffen wurden keine gefunden, und Hans Blix, der Leiter der 250 Inspektoren, hat heute wieder bestätigt, dass der Irak kooperiert und tatsächliche Abrüstungsschritte unternimmt. Man muss sich vor Augen halten, vor welchem Hintergrund der Irak dies leistet: Die USA erklären, wir greifen den Irak so oder so an, wir vernichten Euch mit einem Blitzschlag, und derweil erkunden die Inspektoren alle sensiblen Orte des Landes, vernichten Mittelstreckenraketen, ja machen den Irak

wehlos gegenüber der angedrohten Aggression. Wenn ein Land dazu bereit ist, dann will es die Waffen strecken, dann lässt es seine Entwaffnung auf friedlichem Wege zu, dann steht der US-Aggressor dar als das, was er ist: ein gemeingefährlicher Barbar.

In dieser Lage haben sich die USA ein neues Motto für den Krieg einfallen lassen: Saddam, das Regime muss weg, damit wir aus dem Irak eine Musterdemokratie machen können, die Modell ist für die ganze Region. Da fragen wir: Wenn es den USA um Demokratie geht, warum haben sie dann nicht längst damit begonnen in den Ländern der Region, die sie seit Jahrzehnten kontrollieren. Wie Saudi-Arabien, wie Kuwait, wie die Emirate, wie Bahrain, wie Ägypten? Warum fangen sie übrigens nicht im eigenen Land damit an, denn George W. Bush sitzt illegalerweise im Weißen Haus. Nur weil sein Bruder Jeb Bush, der Gouverneur von Florida, die Wahlen in seinem Bundesstaat gefälscht hat, kam Bush auf die Mehrheit der Wahlmänner. Jeder in den USA weiß das - ein illegaler Präsident, der seine Art von Demokratie auch noch exportieren will.

Nein - die Wahrheit ist, die USA wollen diesen Krieg, weil sie die Ressource Öl als Fundament ihrer Weltherrschaft sichern wollen. Die USA leben heute schon zu einem guten Teil vom Rest der Welt. Das Leistungsbilanzdefizit beträgt 550 Milliarden Dollar - die Welt bezahlt mit Kapitalimporten Jahr für Jahr über 5% des Lebensstandards der USA. In 10 Jahren haben die USA kein eigenes Öl mehr, aber auf sie entfällt mehr als ein Viertel des Weltölverbrauchs. Müssten sie in Zukunft ihren Ölanteil in einer fremden Währung importieren, dann kämen jährlich Hunderte Milliarden \$ an Defizit dazu. Die USA wären in der wichtigsten aller Ressourcen vom Ausland abhängig und sie wären in absehbarer Zeit zahlungsunfähig.

Der „Jahrhundertkrieg gegen den Terror“ dreht sich um die Sicherung der globalen Ressourcen - der Rohstoffe, der Menschen, der Märkte, der Transportwege. Und wir stehen jetzt an der Wende, ob die USA mit einem gelungenen Irak-Krieg das Tor aufstoßen zu dieser Welt: mit Präventivkriegen, wenn nötig, unter Einsatz von Atomwaffen, die Welt untertan zu machen. Dazu sind die USA entschlossen - sie haben dies im September letzten Jahres in ihrer „Nationalen Sicherheitsstrategie“ vor aller Welt verkündet: sie wollen den Moment ihrer Überlegenheit nutzen, „die Hoffnung von Demokratie, Entwicklung, freiem Markt und freiem Handel in jeden Winkel der Erde zu bringen“.

Kommen Sie damit im Irak durch, haben wir das Modell für die nächsten Aggressionen. Syrien und Iran, Schurkenstaaten auch sie, grenzen an den Irak. Venezuela, ein Ölland, verhält sich nicht botmäßig. In Saudi-Arabien und auf den Philippinen wächst der Widerstand gegen die von den USA ausgehaltenen politischen Eliten. Viel Handlungsbedarf für den Hegemon, für seine Eingreiftruppen und seine Atomwaffen. Wobei sich gerade die Spirale der Nuklearbewaffnung nach oben drehen wird. Jedes Land, das sich von den USA bedroht fühlt, wird mit aller Kraft nach Atomwaffen streben, scheinen sie doch die einzige Gewähr, nicht sofort per Blitzkrieg erledigt zu werden. Neben die Intensivierung des weltweiten Terrorismus tritt die akute Gefahr verheerender Atomkriege.

Wer diese Zukunft nicht will, muss sich aufbäumen gegen die Irak-Aggression. Wenn die USA trotz allem internationalen Widerstand ihren Militärschlag doch ausführen, dann müssen wir alles daran setzen, dass alle Kriegsaktionen sofort eingestellt werden, dass die US-Armee aus dem Land verschwindet, dass die politischen und militärischen Institutionen der USA auf der ganzen Welt zum Paria der Weltgemeinschaft werden, sie haben sich dann selbst ausgeschlossen aus dem Raum, wo Völkerrecht und zivile

Regeln des Zusammenlebens gelten. Der Irak muss dann zum Vietnam unserer Zeit werden: zu einem Beispiel, dass die Supermacht der Waffen von der Supermacht eines globalen Friedenswillen in die Schranken gewiesen werden kann.

Weil so viel, so Entscheidendes auf dem Spiel steht, begrüßen und unterstützen wir die Haltung der deutschen Regierung, sich im Sicherheitsrat der UN gegen jede den Krieg legitimierende Resolution zu wenden. Wir wissen sehr wohl, welche Verantwortung die Berliner Regierung für die jetzige Entwicklung trägt. Es war Bundeskanzler Schröder, der von der notwendigen „Enttabuisierung des Militärischen“ sprach, es war die Rot-Grüne Regierung, die den Angriffskrieg auf Jugoslawien gegen die Verfassung, gegen das Völkerrecht und ohne UN-Ermächtigung durchsetzte. Wenn sie jetzt einsieht, dass die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA, wie noch zu Zeiten des Kriegs gegen Afghanistan beschworen, ins Desaster führt, dann halten wir dies für einen gewaltigen Fortschritt. Wir fordern dann aber Konsequenz: Wenn der Krieg der USA falsch ist, wieso unterstützt ihn dann die Bundesregierung in der Sache? Wieso wurden dann Patriot-Raketen an Israel und die Türkei geliefert? Wieso markieren dann deutsche Soldaten in den Awacs-Flugzeugen Angriffsziele im Irak? Wieso stehen dann deutsche Panzer in Kuwait bereit, um den US-Truppen zu Hilfe zu

kommen? Wieso fährt dann die deutsche Marine am Horn von Afrika Geleitschutz für die Truppenverbände der USA? Wieso können die USA unser Land nutzen als wichtigste Drehscheibe ihrer Logistik beim Aufmarsch gegen den Irak?

Die deutsche Politik - von der 5. Kolonne der Bush-Regierung in unserem Land, der CDU/CSU, nicht zu reden - ist halbherzig und widersprüchlich. In der Hauptsache jedoch, der Isolierung der Kriegsposition der USA, verstärkt sie das Gewicht der Friedensbewegung. Wie sich Berlin, Paris oder auch Washington in den nächsten Tagen und Wochen verhalten wird, wird aber nicht vom Klima in den Hinterzimmern der Diplomatie abhängen, auch nicht vom Getöse der Waffen auf dem Schlachtfeld, sondern vor allem von einem Faktor: von der Friedensbewegung. Wir waren 11 Millionen am 15. Februar, wir können viele Millionen mehr sein am 15. März. Wenn die USA die Welt in die Katastrophe stürzen wollen, dann kann diese Welt nicht tatenlos zusehen dabei. Wir müssen die Welt anhalten - mit Kundgebungen und zivilem Ungehorsam, mit Streiks und Boykotts aller Kriegstreiber, solcher aus dem Ausland und aus dem eigenen Land. Bush hat nicht nur dem Irak, er hat uns allen den Krieg erklärt. Setzen wir uns zur Wehr.

Irak-Krieg / 15.3. 2002

Man sagt bisweilen, Bush und seine Leute seien die Cowboys der Weltpolitik, das sind sie aber keineswegs. Sie sind nichts anderes als internationale Outlaws, eine Gang, der Recht gar nichts und Feuerkraft alles gilt. Die nun nach Gangstermanier sich im Irak den Weg frei schießt und damit die Fundamente der internationalen Ordnung zertrümmert.

Denn die Charta der Vereinten Nationen verlangt für ein militärisches Eingreifen, dass erstens eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt, für dessen Abwehr zweitens friedliche Sanktionsmaßnahmen nicht ausreichen. Beide Voraussetzungen liegen im Fall des Irak nicht vor. Ein Angriff auf den Irak wäre auch dann völkerrechtswidrig, wenn sich die USA endlich eine Mehrheit in den UN zusammengekauft hätten. Der Irak stellt, sagen die UN-Inspektoren bekanntlich, keine Bedrohung für den Weltfrieden dar.

Nein, die Bedrohung für den Frieden in der Region und der Welt geht nicht vom Irak aus - vielmehr rührt sie von der US-Regierung. Die USA haben einen jährlichen Rüstungsetat, der über 300 mal höher ist als der des Iraks. Sie wollen in den ersten 48 Stunden 3000 Cruise Missiles auf Bagdad abfeuern, die bei ihrer Explosion Hitzewellen bis zu 3000 Grad Celsius entwickeln. Was die USA hier planen, nämlich mit einem gigantischen Feuerüberfall einen totalen Blackout des Landes herbeizuführen, ist ein Kriegsverbrechen der höchsten Größenordnung. Kein Energienetz, kein Krankenhaus, kein Wassersystem, keine Kommunikationslinien werden mehr funktionieren. In Bagdad leben 6 Millionen Menschen. Die Hälfte davon ist jünger als 15 Jahre. In ihrem letzten Irak-Krieg haben die US-Streitkräfte 205.000 Iraker getötet, darunter 150.000 Zivilisten, allein 5000 Kinder, die jünger waren als fünf Monate. Dieses Mal werden sie die alten Marken weit übertreffen. Die UN rechnen mit bis zu 5 Millionen Obdachlosen und Flüchtlingen, die internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg erwarten bei einem konventionellen Krieg 500.000 Tote, beim angedrohten Einsatz von Atomwaffen 3,9 Millionen Opfer.

Warum dieser so ruchlos betriebene Massenmord? Zunächst mal ist klar: Wenn das mächtigste Land der Erde, das mehr als ein Viertel des jährlichen Weltölverbrauchs an sich reißt, ein kleines Land überfällt, das die zweitgrößten Ölreserven der Welt besitzt, womit darf dann der Überfall auf keinen Fall etwas zu tun haben? Mit Öl natürlich. Sondern, so die jüngste Version aus dem Weißen Haus, mit der Ausbreitung von Demokratie. Um welche Art von Demokratie es sich handelt, hat der Staatssekretär im Außenministerium, Mark Grossman, bei einer Anhörung vor dem US-Senat erläutert. Die USA, so führte er aus, beabsichtigen, nach dem Krieg einen US-Militärgouverneur einzusetzen, der beraten wird von ein-

er von Washington eingesetzten irakischen Beratergruppe. Und dann wörtlich: „Wir werden den Irakern zuhören, was sie uns zu sagen haben. Natürlich aber wird die US-Regierung ihre Entscheidungen darauf gründen, was das nationale Interesse der US ist.“

Natürlich geht es also um Öl. Die USA haben ein jährliches Handelsbilanzdefizit von 550 Milliarden Dollar, fast drei Viertel davon entfallen auf die Einfuhr von Öl. Sie können sich dieses Defizit nur leisten, weil der Rest der Welt ihnen jährlich im selben Umfang Kredite gibt, Kapital in die USA exportiert. Die Schuldenlast der USA beträgt sagenhafte 31 Billionen Dollar, das Dreifache des BIP. In zehn Jahren, wenn die USA über keine eigenen Ölvorkommen mehr verfügen, würden sich die jährlichen Defizite allein wegen der steigenden Ölimporte mehr als verdoppeln. Müssten die USA dies in einer fremden Währung bezahlen, wären sie sofort pleite. Deshalb ist es das Überlebensinteresse Nr. 1 des US-Imperialismus, die Ölvorkommen der Welt zu kontrollieren. Deshalb stehen US-Streitkräfte überall in der öl- und gasreichsten Region der Erde zwischen Kaspischem Meer und Persischem Golf, deshalb soll nun das Ölland Irak besetzt werden, deshalb ist das folgende Ziel, der Ölstaat Iran, schon festgelegt.

Jedermann muss also wissen, dass es beim Aufmarsch rund um den Irak nicht um eine „Drohkulisse“ geht, sondern um die definitive und effektive Vorbereitung eines völkerrechtswidrigen Krieges. Wenn dies aber die Wahrheit ist, wie kann dann die deutsche Regierung die Vorbereitung dieses angekündigten Kriegsverbrechens nach Kräften unterstützen? Wieso gewährt sie nicht nur Überflugrechte, sondern lässt unser Land zur wichtigsten logistischen Drehscheibe der US-Aggressoren werden? Wieso fährt die deutsche Marine am Horn von Afrika Geleitschutz für die US-Verbände auf ihrem Weg zum Kriegseinsatz? Wieso markieren deutsche Soldaten in Awacs-Fliegern Ziele für die US-Luftwaffe im Irak? Wieso liefert Berlin Patriot-Raketen nach Israel und in die Türkei?

Wir begrüßen die Haltung der deutschen Regierung, sich im Sicherheitsrat der UN gegen eine Legitimation des US-Krieges zu stellen. Aber wir stellen auch fest: Wenn die Argumente in New York wirklich ernst gemeint sind, dass ein Krieg nicht nur falsch, sondern eine Katastrophe wäre, dann ist das Verhalten Deutschlands als zuverlässiger Komplize der Kriegsvorbereitung ein unerträglicher Widerspruch, ein politischer Skandal.

Die rot-grüne Regierung trägt ohnehin eine große Verantwortung für das Verhalten der USA. Im Kosovo und in Afghanistan hat Berlin an völkerrechtswidrigen, von keiner UN-Resolution gedeckten Angriffskriegen aktiv teilgenommen. Kanzler Schröder hat den widerstrebenden USA im Fall Afghanistan deutsche Truppen gera-

dezu aufgedrängt. Voller Genugtuung sprach Schröder damals von der „Enttabuisierung des Militärischen“. Wir haben, sagte er, „die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in drei Jahren fundamental verändert.“ Von der Landesverteidigung über Militäreinsätze in Europa zur „Intervention auch außerhalb Europas. Man muss nur auf die Ergebnisse schauen und sich fragen, ob eine andere politische Konstellation in so kurzer Zeit so fundamentale Veränderungen durchgesetzt hätte.“ Sicher nicht, Rot-Grün war notwendig, um Angriffskriege überall auf der Welt in Deutschland hoffähig zu machen. Nun hat die Bundesregierung festgestellt, dass die Neuordnung der Welt mit Militärgewalt sie zu einem bedeutungslosen Vasallen des Militärhegemons USA machen würde. Deshalb entwickelt sie mit den anderen unwilligen Vasallen Frankreich, Russland u.a. ein Konzept der globalen Kontrolle durch Mittel der Politik und Diplomatie. Aber sie will beim Hegemon eine Rückversi-

cherung haben, es sich nicht vollends verscherzen mit der Supermacht, deshalb ihr Mitwirken bei der Vorbereitung der Aggression. Sie trägt auf beiden Schultern.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns als Friedensbewegung ernst nehmen wollen, dann müssen wir diese schändliche Kooperation heute schon anprangern, nicht warten, bis die 3000 Cruise Missiles den Irak, wie Bush sagte, blind, taub und stumm gemacht haben. Wahr ist: Die US-Regierung entpuppt sich als Feind der Menschheit. Wahr ist aber auch: Sie wird von politischen und wirtschaftlichen Kräften in unserem Land dabei unterstützt. Es ist die Verantwortung der deutschen Friedensbewegung, dies nicht länger zuzulassen.